

dass diejenigen, welche von der Wahrheit abgewichen sind, durch die Fürbitte der Gottesmutter zur besseren Sinnesänderung zurückkehren! Wir wissen ja aus der Erfahrung, dass ein Gebet, gestützt auf die Liebe und unterstützt durch die Fürsprache der Jungfrau, nie des Erfolges verlustig geht. Freilich, die Kirche wird ja auch fürderhin und immer bestimmt werden; denn es muss Meinungspartungen geben, damit die, welche gewählt sind, offenbar werden unter euch (1. Kor. XI, 19). Aber auch die Jungfrau wird bei uns sein, selbst in den verzweifeltesten Lagen, sie wird den Elanis verfolgen, den sie von ihrer Empfängnis an begonnen, so dass es jeden Tag von ihr heißen kann: Deute ich der Schlange von ihr der Stoff zertreten worden. (Ob. Innen. Come, im 11. Vers, auf Magnit.)

(Zitat folgt.)

Reichstag.

o. Berlin, 20. Sitzung am 15. Februar 1904.
Präsident Graf Haffkemper eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Als Mitglied der Reichskabinett-Kommission wird der Zelle des ausfallenden Abg. Engelbert (Kreis) der Abg. Erzberger (Kreis) gewählt.

Die Gründung beim Reichsverfassungsrat wird fortgefeiert. Krämer (Sitz): Bei der Durchführung der Unfallverhütungsmaßnahmen bedarf es auch der Arbeiters und Arbeiterschutze.

Achleitner v. Hentzau: Der Sozialdemokratische Abgeordnete Schaefer hat im Jahre 1902 erklärt, dass die Sozialdemokraten aus Postort für die Ausfreiheit stimmen werden. Sodder (sozialdemokratische Abgeordnete) ist ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft in ein Verteilenden um seinen Bruder.

Schmidt (Berlin 12. Sitz): Wünscht nicht, dass die Ausführungen über die Kosten in die Volksbank gelegt werden. Das Reichsverfassungsrat ist in seiner Rechtsprechung mehr einzugehen.

Braithwaite (Zoss) verteidigt den Bühnenbetrieb am Jüdischen und Polnischen gegen Ackerlin v. Kiel.

Postsekretär Graf von Faber du Faur: Das Reichsverfassungsrat hat 11000 Stimmen zu bewältigen, das ist eine zu große Belastung. Es müsste, was die Sozialdemokraten sagen, Rücksicht nehmen, dann könnte sie die Lage der Landwirtschaft besser kennen. (Erstes Gut.)

Rath (Vereinigung des 18. Aprils, Mollenburg und Ruggen) wird das Kapitel Reichsverfassungsrat genehmigt.

Am Maistel (Rheinland) bringt Doerr (Kreis) einen Votumvorschlag vor. Auf letztere Ausführungen des Abg. Dr. Leonhard (Kreis), aber die Beamten und Arbeiter des Konsulats Wilhelm-Ramius fragt Staatssekretär Graf von Faber du Faur: Unterhaltung der einzelnen Fälle an. Das Kapitel wird angenommen; es folgt das Kapitel Aufsichtsamt für Privatversicherung.

Werner (Kreis) bemängelt die Prämientreuer bei der "Politik" und deren Vollbeschreibung überhaupt.

Voithoff (Kreis) wünscht, dass auch die Versicherungen eine Vertretung im Beratungsausschuss erhalten.

Staatssekretär Graf von Faber du Faur legt beiden Nebenamts Entgegenkommen zu. Das Kapitel wird genehmigt. Damit sind die vorstehenden Abgeordneten abgestoßen; es folgen die ehemaligen.

Bei dem Titel "Auslieferung an die Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Bildungsförderung" wünscht Spahn (Kreis), dass die Publikationen auch dem Reichstag zugehen. Am Titel "Südpolarkreuzfahrt" gibt Reichenbacher (Freiherr von Münchhausen) der Anerkennung der Budenkommission für die Errichtung der Expeditions-Ausstellung.

Am 1. März der Plenarsitzung mit Beschluss begleitet.

Von Titel "Hohenzollernsburg": 1. Rote, während Süderbaum (Sitz) Abstimmung dieser Note. Staatssekretär Graf von Faber du Faur: Die Hohenzollernburg in der Wiederherstellung steht; das ganze Werk willt die. (Heintz (Mont): Was kann nicht auf hohem Wege stehenbleiben; die Eure der Nation erfordert den Ausbau.)

Der Titel wird gegen die Stimmen des Sozialdemokraten und Freisinnigen Volkspartei genehmigt.

So folgt die Verteilung des Reichs an der Belastungstellung in St. Louis mit 2 Millionen. Nach kurzem Bericht des Referenten gehen von Münchhausen führt Spahn (Kreis) aus: Keine politischen Gründe können für die Röderung; aber die verhinderten künstlerischen Rücksichten sind hierbei zu berücksichtigen, aus die Sezession, die doch manchen gefunden Gedanken hat.

Das Haus verlängt die Weiterberatung auf morgen. 1 Uhr.

Sitzung 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine neue Gruppierung der Großmächte steht nach dem Londoner "Daily Graphic" bevor. Das Ergebnis des Krieges mündet zu einer Wiederauflösung Deutschlands in Deutschland führen. Sohn geschildert bereits Deutschland die Wiederauflösung der vor Capri bestehenden internationalen Situation vor. Die Umstände seien dem sehr günstig. Frankreich sowie gegenwärtig Russland auch nicht annähernd so wertvolle Dienste leisten, wie Deutschland, abgesehen davon, dass die Republik durch ihre Annäherung an England in Russland stark kompromittiert ist. Auf diese Weise wird Japans Vorgehen den Anfang zu einer Erneuerung des Dreikaiserkreises als Gegenwart zu dem fürstlich erfolgten Zusammenschluss der drei großen Weltmächte bilden.

Maßnahmen zur Förderung des Kleingewerbes in Preußen. Dem Deutschenabgeordneten Trümbohl ist es zu verdanken, dass im preußischen Staat höhere Summen zur Förderung des Kleingewerbes eingesetzt werden sind; er drang auch stets darauf, dass preußische Beamte durch Reisen die Maßnahmen anderer Staaten studieren sollten; eben nun geht eine Declarat über die bisher unternommenen Schritte dem preußischen Abgeordnetenkamme zu. 9 Beamte des Handelsministeriums bereisten Süddeutschland, die Schweiz, Österreich-Ungarn und England. Aus ihren Berichten ist u. a. zu entnehmen, dass Österreich-Ungarn im Jahre 1901 für Förderung des Kleingewerbes 700000 Kronen ausgeworfen hat ohne die Auswendung einzelner Vauder. Das gewerbliche Unterrichtswesen in Großbritannien wird sehr eingehend geschildert.

Die "große landwirtschaftliche Woche" hat am Montag ihren Höhepunkt erreicht; in der letzten Woche tagte der deutsche Landwirtschaftsrat. Der Bund der Landwirte hat sich diese Woche ausserkoren. Der Landwirtschaftsrat befand sich auch mit den Ergebnissen des Heeresergänzungsgeschäfts und forderte eine eingehendere Statistik als die jetzt vorliegende. Professor Sering stellte die Behauptung auf, dass das Land 250000 Menschen jährlich zu viel stellen müsse gegenüber der städtischen Bevölkerung.

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte die Beratung des Vergessens fort. Der Nationalistische Klub sieht in der ganzen Wurmkranke nur ein sozialdemokratisches Märchen; der freisinnige Dirsch ist für das Entgegenkommen des Ministers dankbar, worauf sich Schulz (R. L.) sehr scharf gegen die Arbeiterkontrolleure ausspricht. Minister Möller lobte die ausgezeichnete Grubentinspektion. Graf Strachwitz (St.) forderte die direkte und geheime Wahl für die Knappenhäuser. Die Weiterberatung findet morgen statt.

Der Reichstagabgeordnete v. Damum erklärte, dass er vor wie nach "Wilder" bleiben werde und nur für die Kommissionsbeschreibung der Wirtschaftlichen Vereinigung bestreitet sei; Anteil mit sei er deshalb in keiner Weise.

Das Fiasco der preußischen Polenpolitik wird unter dem Druck unerträglicher Tatsachen jetzt selbst von den bestreiteten Organen zugegeben. So teilt die "Neue politische Korrespondenz" mit, dass der polnische Grundbesitz in den Provinzen Posen und Westpreußen in den letzten Jahren um 160000 Hectaren zugenommen hat. Und diese rückigen Fortschritte trotz der Hundertmillionenfonds! Deutlicher, so schreibt die demokratische "Volkszeitung", ist noch nie die günstige Verfehltheit eines ungehobenen Geldauswandes dargetan worden!

Eine neue Landtagswahlverordnung hat Coburg erthalten; nach dieser werden Stolzräume und geheime Zettelwahl eingeholt. Bei den Urwahlen entscheidet die absolute Majorität; wenn bei den Stichwahlen diese nicht erzielt wird, entscheidet die relative Mehrheit.

Die genossenschaftliche Entwicklung schreitet in Deutschland rüttig vorwärts; am 31. März 1904 bestanden 22512 Genossenschaften mit rund 3 Millionen Mitgliedern und einem Gesamtbetriebskapital von 103 Millionen Mk., wovon rund 200 Millionen eigenes Vermögen sind. Es bestehen 7 große Verbände in Deutschland. Der Allgemeine Schuh-Deutsche Verband, der sozialdemokratische Centralverband der deutschen Konsumvereine, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Arbeiterorganisation im Ruhrgebiet und der Revisionverband des Bundes der Landwirte. Die Neuvieler ist aus die am meisten zusagende.

Das bairische Wahlgesetz ist infolge der wahlmütigen Haltung der Liberalen sehr gefährdet; es zeigt sich mit jedem Tage deutlicher, dass diese keine ernsten Freunde der Reform sind. Die Abschaffung der Stichwahlen, die sie im Vorjahr selbst mitforderten, wird nun von ihnen als Stein des Anstoßes genannt. Die sozialdemokratische Fraktion der bairischen Abgeordnetenkammer sucht nur den Liberalen goldene Brücken zu bauen; sie stellt den Antrag, dass wohl noch Stichwahlen stattfinden, wenn im ersten Wahlgange kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat; dass aber dann in der Stichwahl wieder neu gewählt werden kann, nicht um zwischen den Kandidaten mit den höchsten Stimmen, sondern auch zwischen neuen Bewerbern; hier soll dann die relative Mehrheit entscheiden.

Heber Toleranz schreibt Karl Dentz in der Zukunft (Nr. 20) einen beachtenswerten Artikel, der zwar mehrfach den katholischen Aufschauungen widerstreitet, aber in dem Beweis mündet, dass "in Deutschland die Protestanten intoleranter sind als die Katholiken".

Österreich-Ungarn.

Die Kriegsgefahr im Orient. Der "Pester Lloyd", der bekanntnahmen dem auswärtigen Amt dient, empfängt aus Sofia eine Darstellung, in der es heißt: Alle hier aus der Türkei einlaufenden Berichte bestätigen, dass die Türkei seit Ausbruch des russisch-japanischen Krieges die Maske der Gefügigkeit gegenüber der Reformaktion schon zur Hälfte abgeworfen habe. Die Berichte des bulgarischen Agenten Racovics aus Konstantinopel sollen durchaus keine friedfertige Stimmung im Hildiz konstatieren, obwohl man sich dort der Überzeugung nicht verschließe, dass Österreich-Ungarn umso ententeiliger die Führung der Reformkontrolle weiterbefolgen werde, indem Russlands Interessen gänzlich abgelenkt ist. Die heisseste Überzeugung, dass es zu einer Auseinandersetzung mit den Russen in der mazedonischen Sache zwischen der Türkei und Bulgarien baldigst kommen werde, ruht auch auf den fortgesetzten militärischen Zurüstungen der Türkei und auf dem Präparieren der Kriegspartei in der Umgebung des Sultans.

England.

Auf eine Anfrage im Unterhaufe, ob die Schaffung einer neutralen Zone in Korea beabsichtigt sei, erwidert Unterstaatssekretär Percy, der Regierung liege eine Anregung bez. der Schaffung einer solchen Zone nicht vor, sie habe deshalb auch keine Gelegenheit, sich darüber zu äußern; der englische Befehl in Südl. werde für den nötigen Schutz der englischen Untertanen Sorge tragen. Unterstaatssekretär Percy sagte auf eine Anfrage hin, die Regierung sei nicht der Ansicht, dass es durchführbar wäre, die Neutralisierung irgend eines von einem der beiden Kriegsführenden besetzten Gebiete herbeizuführen.

Sächsischer Landtag.

Dresden, den 15. Februar 1904.

Der Präsident der Zweiten Kammer, Geheimer Hofrat Dr. Mehnert, war wegen Krankheit verhindert die Verhandlungen der deutigen Sitzung zu leiten, was der Vizepräsident Dr. Schill zu Beginn der Sitzung dem Hause mitteilte. Dieser sowohl wie der zweite Vizepräsident, Abg. Oppitz führten abwechselnd den Vorsitz. Zum ersten Punkte der Tagesordnung, Bericht der Gesetzesabdeputation über das Königl. Dekret Nr. 5, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bestimmung in Absatz 2 von § 84 der Revidierten Städteordnung betr., entspannt sich eine kurze Debatte, der zweite Punkt, Bericht der Finanzdeputation B über Art. 13 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1904/05 zur Erfüllung der reichsgerichtlichen Sicherheitsvorschriften (7. Rote) betr., vermögte dagegen nicht, auch nur eine kurze Debatte hervorzurufen. Die Sitzung verließ wie folgt:

Zum ersten Punkte erstattete Abg. Dr. Schöne Bericht. Nach Absatz 2 § 84 der Revidierten Städteordnung vom 24. April 1874 muss in denjenigen Städten, welche die Revidierte Städteordnung eingeführt haben, mindestens ein Ratsmitglied die Beschriftung besitzen, welche nach den bestehenden Vorschriften die Voraussetzung zur Annahme eines selbständigen Richteramtes beziehentlich zur Ausübung der Advoaktur bildet. Da nach § 1 der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 zur Rechtsanwaltschaft nur zugelassen werden kann, wer die Fähigkeit zum Richteramt erlangt hat, die Voraussetzung zur Ausübung beider Berufe müssen die gleichen sind, so erscheint die im Regierungsentwurfe bewirkte Beseitigung der Bestimmung über die Beschriftung zur Ausübung der Advoaktur ohne weiteres gerechtfertigt. Während somit die in Absatz 2 § 84 der Revidierten Städte-

ordnung gedachten Kriterien bisher nur von solchen Juristen begleitet werden konnten, welche die zweite juristische Staatsprüfung — gleichwohl ob in Sachsen oder einem anderen deutschen Bundesstaate — bestanden haben, will der Gesetzentwurf diese Kriterien künftig auch allen denjenigen zugängig machen, welche zum höheren Verwaltungsdienste befähigt sind, d. h. die die in der Verordnung vom 22. Dez. 1902 eingeführte Prüfung bestanden haben. Absatz 2 § 84 der Revidierten Städteordnung soll also nach dem Deputationsantrage durch folgende Bestimmung erweitert werden: "In jeder Stadt muss mindestens ein Ratsmitglied zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sein." Zu diesem Antrage spricht zunächst Vizepräsident Dr. Schill, welcher die Regierung bittet, sich damit einverstanden zu erklären, dass durch Annahme dieses Gesetzes eine Änderung der Verordnung vom Jahre 1902 über die Vorbereitungszeit im Verwaltungsdienste nicht eintreten und eventuell nicht ohne Vereinbarungen mit den Stämmern geschehen könne. Geh. Regierungsrat Dr. Numpel glaubt, dass es zur Sicherung der dem vorliegenden Gesetzentwurf vollkommen genüge, die Ausbildung im Bereich der Justiz und inneren Verwaltung möglichst gleichwertig zu gestalten.

Abg. Dr. Stöckel führt aus, dass das Gesetz keinesfalls die Gemeinden beschäftigen will, im Gegenteil soll ihnen dadurch noch mehr entgegenkommen und ihnen freigestellt werden, außer den Kandidaten aus dem Richteramt auch noch Kandidaten aus dem Verwaltungsdienst anzunehmen. Ministerialdirektor Geh. Rat Merz sagt, dass die alten Herren, die den Voraussetzungen zur Beschriftung für die Ausübung der Advoaktur entsprechen, in ihren Künften bleiben und durch dieses neue Gesetz nichts geändert werde. Der Deputationsantrag wird sodann einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung berichtet Abg. Erzberger. Der Deputationsantrag wird, nach der Vorlage bei Art. 13 des außerordentlichen Etats (Sicherheitsvorschriften) 1500000 Mk. zu bewilligen, einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Dresden, den 16. Februar.

Drei Petitionen beschäftigen heute die Zweite Kammer, deren Schicksal von vorherher bekannt war. Eine Sang und Klang, nur mit der bekannten Beendigungsformel, die Stämme wolle beschließen: "Die Petition auf sich beruhen zu lassen" wurden dieselben zu Grabe getragen.

Die sehr kurze Sitzung nahm folgenden Verlauf: Den Vorsitz führte zu Beginn der Sitzung Vizepräsident Dr. Schill. Die Ministerpläne waren leer. Nachdem der zweite Vizepräsident, Oppitz, den Vorsitz übernommen, erstattete Vizepräsident Dr. Schill namens der Geschwader- und Petitionsdeputation den mündlichen Bericht über die Petition der Frau Martha Hirsch geb. Petrich in Berlin, Anerkennung der Verpflichtung des Staatsfiskus zum Schade eines von einer Gerichtsbehörde verschuldeten Schadens betreffend. Der Deputationsantrag, die Petition auf sich beruhen zu lassen, wird sodann ohne Debatte einstimmig angenommen. — Namens derselben Deputation berichtet Abg. Ritterberg über die Petition des Privataufzuhaltenslehrers August Lorenz in Bittau, Schlesienfahrtspflicht betreffend. Auch diese Petition läuft die Stämme, dem Deputationsantrag gemäß, auf sich beruhen. — Über die Petition des J. J. August Kocharias in Wittgensdorf, eine Änderung des Einwohnersteuergesetzes betreffend, erstattet den Bericht der Deputation Abg. Däweritz. Diese Petition teilt das Schicksal der ersten beiden Petitionen, worauf die Sitzung geschlossen ist. — Rächste Sitzung Mittwoch, den 17. Februar, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Kap. 6 des Etats und Petitionen.

In der Zweiten Kammer erstattete Graf v. Riedtlich den Bericht der dritten Deputation über den dem Königl. Dekret Nr. 3 beigelegten Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1900 und 1901. Die eigenen Einnahmen der Sammlungen waren während dieser Etapsperiode bis auf 183316 Mk. 5 Pf. gestiegen, sodass sie die Veranschlagung um 79574 Mk. 5 Pf. übertrafen. Für die Verwaltung der Sammlungen sind im ganzen 1883819 Mk. 56 Pf. verwendet worden, verglichen mit der Vorperiode sind 124023 Mk. 71 Pf. mehr verbraucht worden als in jener. Der Etat ist um 21017 Mk. 5 Pf. überschritten worden. Die Ausgabe für die Vermehrung der Sammlungen wurde lediglich aus dem Vermehrungsfonds bestritten und stellt sich auf 147996 Mk. 54 Pf. für die Periode heraus, sodass 54354 Mk. 99 Pf. nicht verwendet werden sind als in der Vorperiode. Zu dem Bauaufwand für die Sammlungsgebäude und den Feuerwachdienst, mit Abschluss des Alberlinums, waren im Etat 196600 Mk. ausgesetzt. Im Ordinarium stellt sich eine Wiederabgabe von 14249 Mk. 49 Pf. heraus, in welcher Summe sich 153600 Mk. nur transitorisch befanden. Die aus dem Transitorient zu berichtigenden Feststellungen waren noch nicht fertiggestellt und verblieb ein Reserve von 37510 Mk. 99 Pf. Die Deputation beantragt, die Erste Kammer wolle sich den mittels Alberlinums Nr. 3 vom 10. November 1903 vorgelegten Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1900 und 1901 befindigt erklären. Wird einstimmig angenommen. — Kammerherr Graf v. Schönberg berichtet namens der vierten Deputation über die Petition des vormaligen Gendarman Täschner in Dresden, um Wiedereinstellung als Beamten oder um Gewährung einer Pension. Die Deputation beantragt, die Petition des Ostar. Täschner der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Wird einstimmig angenommen. — Weiter berichtet Kammerherr v. Schönberg über die Petition des Gewerbevereins zu Reichenau um Errichtung einer Restauration im neuen Bahnhofgebäude derselbst. Der Deputationsantrag, die Petition auf sich beruhen zu lassen, wird einstimmig angenommen. — Bei Schluss der Redaktion dauert die Sitzung noch fort.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 16. Februar 1904.

* Se. Majestät der König empfing heute die Herren Staatsminister und den Kgl. Kabinettssekretär zu Borträgen

Juristen
Staats-
anderen
Gesetz-
gen zu-
sindende
12. Dez-
2 S 84
ations-
: „In
richter-
sein.“
Schrift.
den zu
derung
itungs-
entuell
schehen
dass es
voll-
Justiz
stalten.
esfalls
ihnen
gestellt
auch
nehmen.
alten
für die
intern
werde.
ange-
ang
be-
wird,
Etats
eint.

ar.
eite
ichtien.
„Die
en zu

Den
Dr.
a der
zamen,
verde-
r die
erlin,
tsche
adens
f sich
nunig
ichtet
men-
sche
dem
leber
dor-
fend.
Diese
men,
zung
ages-

Reg-
dem
Ber-
für
901.
rend
egen,
über-
im
iden
ver-
Wf.
Ver-
Ver-
Mt.
Pf.
Gu
den
anen
elle
aus,
tisch
den
olieb
tion
Ver-
gten
agl.
hren
nunig
ichtet
des
der-
ion.
per
ber-
chtet
rhe-
im
zug,
nunig
die

und erzielte von vormittags 12 Uhr ab mehreren Herren Audienz.

* Heute abend findet bei Sr. Majestät dem König im Residenzschloß der sogenannte Fastnachtsball statt, welcher den Schluss der dieswintertlichen Karnevalsschlichkeiten bildet. Dieses Ballfest, zu dem nochmals sehr zahlreiche Einladungen ergangen sind, beginnt bereits um 8 Uhr.

* Ihre Majestät die Königin-Witwe empfing gestern nachmittag 1/2 Uhr im Residenzschloß Ihre Hoheiten den Prinzen und Frau Prinzessin Wilhelm von Sachsen-Weimar-Eisenach.

* Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, die Verfeindung des Oberförsters Spindler vom Grünhainer auf das Carlsfelder Revier zu genehmigen und die Revierverwalterstellen auf Spechtshausener und Grünhainer Revier den feindlichen Forstassessoren Tränsner und Voßmann unter Ernennung derselben zu Oberförstern zu übertragen.

* Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Pfarrer Karl Adolf Traugott Müller in Lauterbach das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden zu verleihen.

* Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Kirchschulrektor Anton Karl Benjamin Müller in Lauterbach das Albrechtskreuz zu verleihen. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Spediteur Seide in Dresden die ihm von Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und Könige von Preußen verliehene Chinadentmedaille aus Stahl annehmen und trage.

* Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Walpurga besuchte in Begleitung der Hofdamme Gräfin Vigilum v. Gäßtädt die Ausstellung der Radierungen englischer Künstler im Kunsthof Ernst Arnold, Wilsdruffer Straße 1, und besichtigte mit großem Interesse die über 400 Nummern enthaltende Kollektion. Außerdem zeigte Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg die Ausstellung wiederholt durch einen Besuch aus.

* Die „geschlossene Zeit“ der kath. Kirche beginnt am Aschermittwoch, in diesem Jahr also mit dem 17. Februar. Vor diesem Tage an bis zum Weißen Sonntag (10. April) ist sowohl die Abhaltung öffentlicher Tanzbefestigungen, wie die Veranstaltung von Privatbällen verboten, auch wenn diese in Privathäusern oder in Lokalen geschlossener Gesellschaften abgehalten werden. Besonders ist die „geschlossene Zeit“ vom 11. März bis 3. April. Ebenso durch Konzerte und andere mit Musik verbundene geräuschvolle Vergnügungen — abgesehen von Aufführungen geistlicher Musiken und Oratorien in den Kirchen — in der Zeit vom Gründonnerstag an einschließlich bis mit dem daraus folgenden Sonnabend nicht stattfinden. In den Theatern sind in de: „allen Wochen“ nur vom Palmsonntag bis mit Mittwoch vor Ostern Aufführungen erster Stunde gestattet. Bösen und Lustspiele sind ausgeschlossen. Vom ersten Osterfeiertage an sind dann wieder alle Konzerte und Aufführungen, am zweiten auch Ballfestlichkeiten gesetzlich gestattet.

* Die nächste Feldpost nach Deutsch-Südwest-Afrika geht in dieser Woche ab. Sie benutzt den englischen Dampfer, der am 20. Februar von Southampton nach Kapstadt in See geht. Dort wartet der Reichspostdampfer „König“ auf seiner östlichen Rundfahrt die Ankunft des englischen Dampfers ab und befördert die Feldpost nach Swakopmund. „König“ wird etwa am 11. März dort eintreffen. Feldpostbriefe müssen so zeitig zur Post gegeben werden, daß sie mindestens am 18. Februar dem Marine-Postbüro in Berlin vorliegen. Dieses sammelt die Sendungen und leitet sie nach Southampton.

* Die hiesige Siedlungsfirma und General-Agentur der Hamburg-Amerika-Linie Emil Höld, Prager Straße 49, teilt uns mit, daß sie sämtliche Sendungen, die zur Unterstützung der freiwilligen Freikämpfer in Deutsch-Südwest-Afrika bestimmt sind, nicht nur frachtfrei nach Hamburg expediert, sondern auch unentgeltlich aus den Wohnungen und Geschäften abholen läßt. Zur Bequemlichkeit des Publikums werden die Aufträge auch telephonisch entgegenommen und zwar unter Amt I Nr. 560.

* Der Disziplinarhof erkannte gegen den Oberförster Müller, der seinen Vorgesetzten, Oberförstemeister Mette, wegen dienstlicher Differenzen zum Pistolenduell gefordert hatte, auf Dienstentlassung ohne Pension.

* Zahltreiche, hier anmäßige, in der Glasfabrik vormal Siemens und in Döhren beschäftigte Arbeiter russischer Nationalität haben infolge des Krieges in Ostasien Orde erhalten, binnen drei Tagen in einer der russischen Grenzstationen Sosnowice, Rykowicz oder Rydzynken einzutreffen. Hiesige Mitglieder der russischen Kolonie hatten die Landsleute mit Geld und Proviant ausgestattet und wollten auch für die zurückgelassenen Familien sorgen.

* Polizeibericht. Der Aufzugsbetreiber Bierth hat an das Amtsgericht der Agl. Polizeidirektion ein Anzeigemarktstück mit der Auseige abgeliefert, daß er es in der Nacht zum Montag von einem Fahrgäste an Stelle eines Einzelfußes erhalten habe. — Eine schwere Schirnerhüllierung erlitt am Sonntag abend in einem Vergnügungs-Etablissement ein Kutscher dadurch, daß er bei einem Scherze, den sich ein anderer Kutscher mit ihm erlaubte, auf dem platten Pavlett austürzte und rückwärts auf den Kopf fiel. Der Verunglückte fand in der Telefonanstalt Aufnahme. — Vermißt wird seit dem 11. d. M. in einem oberhalb Dresden gelegenen Vorort ein 18jähriger Mann von kräftiger Statur, mit blondem Schurkbart, blauen Augen und ziemlich salem Kopfe. Bei seinem Abgang war er bekleidet mit schwarzen, weitem Mantel, dunkelgrauer Kappe, dunkelgrauem, mit hellen Streifen durchzogenem Hose, grauen Unterhosen, hellen Socken und dunkelblauen Schuhschlüpfen. Die Agl. Polizeidirektion Amtteilung G nimmt Nachrichten über den Verbleib des Verschwundenen entgegen.

* Schandau. Ein neuer Ortsteil unseres weit bekannten Badestädtchens wird hier in nicht allzuferner Zeit ersterben. Herr Rudolf Sendig, der Director der Schandauer Königsbäder, beabsichtigt auf dem auf der Höhe bei der sogenannten Strauer Scheibe am Fuße der wilderklüfteten Schrammsteine gelegenen Plateau eine Villenkolonie anzulegen, die allerdings infolge ihrer geradezu herrlichen Lage eine bedeutende Zukunft haben wird. Der Blick nach der sächsischen Schweiz, dem Lilienstein und dem Königstein ist ein unbeschreiblich schöner. Der Zugang zu der lustigen Höhe soll mittelst eines Elevators erleichtert werden.

* Hohnstein. Am Mittwoch wurde im Hohnsteiner Forstrevier etwa 300 Schritte vom Orte Weißdorf entfernt ein Mann erschossen aufgefunden, in dem man den Dekorationsmaler Gehrisch aus Dresden erkannte. Gehrisch hatte am

29. Januar im Rieschgrunde bei Papstdorf-Königstein seine Geliebte, die getrennt von ihrem Ehemann lebende Metallarbeiterin-Buchmann aus Reichenberg, durch einen Schuß in die Schläfe getötet.

* Oberlungwitz. Der Mensch, welcher vor einigen Tagen ein 10jähriges Wädchen auf dem Wege vom Logenhaus nach hier überfiel, ist in der Person des 16jährigen Arbeiters Auerswald aus Hüttengrund bei Hohenberg dingfest gemacht worden.

* Werda. Unsere Stadt begeht in diesem Jahre die Feier ihres 600-jährigen Bestehens; aus diesem Anlaß wird die Anteitung gegeben, das Jubiläum Anfang August durch ein Heimatfest nebst historischem Festzug zu feiern. Ferner soll eine Zeitschrift herausgegeben werden, in der Wort und Bild das alte und neue Werda veranschaulicht werden soll. Ein Festauskunst soll die Angelegenheit in die Hand nehmen.

* Oelsnitz i. F. Im Schacht „Deutschland“ hier wurde ein Arbeiter tödlich verlegt und im Hedwig-Schacht verunglückte eine Arbeiterin lebensgefährlich.

Bereinsnachrichten.

* Leipzig. Der Bezirk Leipzig-West des „Völksvereins f. d. Kathol. Deutschland“ hielt am vergangenen Montag, den 8. Februar, abends 9 Uhr im „Schloß Lindenfelz“ eine gut besuchte Versammlung ab. Der Obmann dieses Bezirkes Herr Paul Lea eröffnete die Sitzung. Herr Kaplan Stranz hielt einen sehr lebhaften und wohl durchdachten Vortrag über: „Die Entstehung der sozialen Frage.“ Der Herr stellte erst die Ursachen der zunehmenden Unzufriedenheit fest: Ungleiches Verteilung der Produkte, Vernichtung der Existenz des Einzelnen durch die Maschine, Un Sicherheit der Existenz durch die Schwankungen des Weltmarktes; weiterhin ideelle Gründe: Verlehrte Anschauung von Freiheit und Gleichheit, vereinzeltes Gesetz, infolge der erhöhten Bildung des Arbeiters, Schwinden der Religiosität, und schließlich dann, was seitens der kathol. Kirche und ihrer berufenen Vertreter, was seitens der Zentrumspartei getan werde und getan worden sei, um die vorhandene Kluft zu überbrücken. Im Verlaufe des hochspannenden Vortrages wurden berühmte sozialpolitische Männer, wie Freiherr von Ketteler, von Vogelsang ins Treffen geführt und ebenso die 4 sozialen Enzykliken Pius XII. und die Enzyklika: Motu proprio Pius X. eingehend besprochen. Der zweite Redner des Abends, Herr Lehrer J. Rückert, sprach ebenfalls in begeisternder Weise über das Thema: „Was gehört dazu, für den Einzelnen, um am heilen Werke des Volksvereins vor teilhaft mitzu arbeiten?“ Eingehende Vertiefung und inniges Verständnis der hohen Ziele des Vereines, sowie zähe Ans dauer und große Geduld sind unumgänglich notwendig für einen tollkötigen Volksvereinstümper. Der Vortrag gipfelte in einer schönen Propaganda, für den Berlin und für die Kathol. Presse, insbesondere für unser „Kavalierblatt“. Der Herr Redner beleuchtete auch ziemlich häufig das Anwachsen des Vereins und dankte den unermüdlichen bisherigen Wirkern, den Vertrauensmännern. Es entpuppte sich dann bei der Debatte ein sehr lebhafter Bedenktausch, der manchen guten Vorschlag zeitigte, so wurde die Errichtung einer Dienstboten-Vermittlungsstelle angeregt, auch darüber wurde gesprochen, die Arbeit der kathol. Vereine Leipzigs auf den Bahnhöfen anzusiedeln als Hinweis für zureichende Freunde. Herr Matthes forderte zum Beitritt in den kathol. Arbeiterverein auf, als den Verein, der die Theorien des Volksvereins in die Praxis umsetze. Nehmt Alles nur in Acht; Der Abend war gut schön, doch hoffen wir, das nächste Mal mehr Besuch zu schaffen!

Der Krieg in Ostasien.

* Die japanische Flotte liegt noch immer vor Port Arthur und hat nenerliche Angriffe unternommen. Die übrigen Nachrichten sind noch unbefläkt, so der Untergang dreier weiterer Kriegsschiffe, die zum Vladivostoker Geschwader gehören, ferner der abgeschlagene Versuch der Japaner im Golfe von Kiautschou Truppen zu landen und der für die Japaner ungünstig verlaufene Kampf am Hafnuß. Frankreich hat seine Neutralität erklärt. Zu den Grundgründen des allgemeinen Interesses steht naturngemäß auch die sibirische Eisenbahn, jener kolossale Säulenentwurf, der die Verbindung zwischen Ostasien und der Provinz Siberien mit dem Mutterland Russland bedeutet und nun eine so hohe strategische Bedeutung besitzt. Die sibirische Eisenbahn beginnt in Cheljabinsk (Kreis Tschernigow) und führt durch ganz Siberien bis Port Arthur mit einer Gesamtlänge von fast 6000 Kilometer; die eigentliche sibirische Bahn hat mit ihren Nebenlinien fast 8000 Kilom. durchquert, und die Gesamtlänge der Strecke Petersburg—Port Arthur beträgt circa 9000 Kilom. Dieser Riesenbau verschlang auch die entsprechende Summe von 780 Mill. Rubel. Von der immensen Länge der Strecke kann man die richtige Vorstellung gewinnen, wenn man erwägt, daß die Reise von Moskau bis Port Arthur fast 20 Tage dauert, immerhin das Drittel der Seefahrtsdauer. Diese enorme Ausdehnung und der Umstand, daß die Bahn bloß eingleisig ist, bietet für den Transport der russischen Truppen und des Proviants große Schwierigkeiten. Gegewärtig tritt noch hinz, daß auch die Proviantlieferung aus Amerika verzögert ist. Wie der Petersburger Korrespondent des „Gas“ berichtet, sind die großen Proviantlieferungen, die Russland in den Vereinigten Staaten gemacht hat, für den 21. und 29. Jan. und 9. Febr. ab San Francisco vereinbart. Wenn auch diese Termine eingehalten würden, so ist doch sicher, daß unter der Annahme einer Dauer von 17 Tagen für den überseeischen Transport der größte Teil dieser Lieferungen noch schwimmt und daher voransichtlich in die Hände der Japaner fallen wird. Lange bevor die Truppentransporte begonnen hatten, war die russische Regierung bemüht, große Mengen von Konserven mittels der sibirischen Eisenbahn im fernen Osten aufzustapeln. Dasselben haben sich in den Proviantbeständen mit Ausnahme des Warschauer Bezirks große Unregelmäßigkeiten ergeben. Die Verproviantierung des fernen Ostens bereitet der Militärverwaltung die größten Sorgen, weil dort selbst die Goragen nur äußerst schwer zu beschaffen sind. Die sibirische Bahn ist nicht im Stande den überaus

großen Anforderungen gerecht zu werden, die derzeit an sie gestellt werden. Nach dem Urteil der Quartiermeister vermag die sibirische Eisenbahn im besten Falle nur 150 000 bis 180 000 Mann regelmäßig mit Proviant und Munition zu versorgen, selbst wenn der Verkehr durchaus mit Schnellzügen aufrecht erhalten wird.

* In London erhält sich das Gefühl, daß England bedroht habe. Lemnos und andere Inseln an der Mündung der Dardanellen zu belegen, um die Neutralität der Meerenge zu schützen, falls die russische Schwarze Meer-Flotte ver suchen sollte, die Meerenge zu passieren.

* Der russische Gefechte und die russischen Bewohner Söuls haben die Stadt verlassen und sind nach Tschemulpo abgereist. Die große Nordische Telegraphengesellschaft eröffnet eine neue Linie durch die Mongolei, die die türkische telegraphische Verbindung Europas mit China ist. Alle Zeichen deuten auf eine lange Dauer des Krieges.

* Wir lassen nun die wichtigsten neuesten Telegramme folgen:

* Washington, 15. Februar. Zu einem dem hiesigen japanischen Gefechte zugegangenen amtlichen Telegramme wird die Meldung, daß bei dem Kampfe bei Port Arthur vier japanische Torpedoboote gesunken seien, als falsch erklärt. Das Telegramm teilt mit, es sei ein sein japanisches Schiff gesunken, hingegen seien mehrere Schiffe beschädigt worden, die, wie man glaubt, nach Tschinko zur Ausfahrt gegangen seien.

* Krakau, 15. Februar. Die „Roma Reforma“ er fährt von Reisenden, die eben aus Moskau und Peters burg eingetroffen sind, daß die offiziell gemeldeten patriotischen Kundgebungen in Wahrheit jeder Bedeutung entbehren. Die Stimmung in den großen Städten sei alles weniger als eine gehobene. Man ist sich bewußt, daß Russland von dem Kriege überrascht wurde und die öffentliche Meinung macht sowohl den Grafen Lambsdorff wie auch den Statthalter Alejew dafür verantwortlich, ins besondere den letzteren, der offenbar von den überlasteten Verbereitungen der Japaner gar nicht unterrichtet war. Insbesondere in Moskau, dem Herzen Russlands, soll die gedrückte Stimmung unverkennbaren Ausdruck finden. In Krakau wird die Friedenszeit eintragen, die Alejew sei in Friedenszeiten ein tüchtiger Statthalter und Organisator, aber kein Strateg. Der zweite Geschwaderkommandant Admiral Starf ist leaut. Bei der Ernennung Alejew soll Protektionsherrschaft am Hofe mitgewirkt haben. Kriegsminister Europaßkin wäre als Heerführer viel geeigneter gewesen.

* Aus Hamburg wird gemeldet: Der Kaiser Wilhelm Kanal wird während der Dauer des Krieges für fremde Schiffsrollen zur Durchfahrt geschlossen bleiben. Der Grund hierfür ist die neutrale Stellung des Reiches. Infolge dieser Neutralitätserklärung Deutschlands wurden Hafträume für die russische Regierung geharzt, mit Munition und Lebensmitteln versehene Privatdampfer, welche nach Ostasien in See gehen sollten, an der Ausfahrt gehindert. Alle Anfänge der russischen Regierung, welche sich auf Lebensmittel und Kohlen erstmals wenden inhielt.

* London, 16. Februar. Der „Daily Mail“ wird aus Tokio gemeldet, daß die Russen 37 000 Raum in Hongkong zusammenzogen. Der Platz soll zur Hauptstellung auf der mandarinschen Seite des Halbinsels gemacht werden.

* Hamburg, 16. Februar. Der große Transportdampfer der „Hamburg-Amerika Linie“ „Batavia“ hat in Vladivostok mehr als 1000 Flüchtlinge an Bord genommen und wird dieselben in Rossi oder Tschingtau landen.

* Paris, 16. Februar. Der konervative Abgeordnete Danys Goldin wird, wie der „Figaro“ meldet, demnächst wegen des französisch-slawischen Vertrages interpelliert. Da nach seiner Ansicht die Nämung von Tschantabu im Hinblick auf die augenblicklichen Ereignisse eine große Unvorsichtigkeit bedeutet würde und der als Erstes für Tschantabu in Betracht kommende slawische Hafen Krat schwarz zugänglich sei und keineswegs irgend welche nennenswerte strategische Bedeutung habe.

* Paris, 16. Februar. Es heißt General Minotrez, der Director des Infanterieregiments im Kriegsministerium, sei seines Amtes entbunden worden, weil er daran schuld sei, daß eine Beförderungsliste in einem Blatte veröffentlicht wurde, ehe sie die Benennung des Kriegsministers erhalten hatte.

* London, 16. Februar. Der „Standard“ ist in der Lage mitzuteilen, daß der Herzog von Connaught für den Posten eines Generalinquisitors der Truppen angesehen ist.

Telegramme.

(Wolfs Telegrafenbureau.)

* Weihen, 16. Februar. Einen schrecklichen Fund machte man heute vormittag im rechtenen Stadtteil. Beim Räumen einer Abortgrube fand man die Leiche eines seit August v. J. vermissten 11jährigen Knaben. Ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, bedarf noch der Aufklärung.

* Berlin, 16. Februar. Die dem Reichstage und dem preußischen Landtag angehörigen ehemaligen Militärs haben sich zu einer Kameradschaftlichen Vereinigung zusammengetragen. — Gegenüber anderweitigen Nachrichten, die wasserwirtschaftliche Vorlage würde erst im April dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden, verneint die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß dies voraussichtlich, wie auch ursprünglich beabsichtigt, Ende dieses Monats der Fall sein wird.

* Schwerin, 16. Februar. Bei der heute stattgehabten Reichstagssitzung erhielten von Christen (Reichsp.) 3522, Hugo (Soz.) 5812, Wettens (Volksp.) 4074, Raab (Antisemit) 4555 Stimmen. Vorausichtlich Stichwahl zwischen Hugo und Raab.

Aus der Geschäftswelt.

* Mit Beginn der Fasnetzeit, welche der Fasnetmittwoch einreicht, wird die Sorge der Kaufleute nach einer guten Fasnetzeit reagieren. Nicht jedermann war früher in der Lage, für wenig Geld eine gute Fasnetzeit bieten zu können. Durch den sozialen Umstieg, den die Dampfseeschiffsgesellschaft „Nordsee“ (Niederlage Webgas) erzielte, ist es auch jedem Widerbemittler ermöglicht, sich einen ganz vorzüglichen Seeleuchten zu können.

